FH-SF-01-004

# Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

## Änderungsantrag zu FH-SF-01

**Von Zeile 4 bis 15:**

~~Religiöse und politische Fanatiker fordern unseren Rechtsstaat heraus. Der menschenverachtende Terror des Dschihadismus und die offene Bedrohung durch Rechtsextreme wie Neonazis und Reichsbürger*innen zielen gleichermaßen auf unsere freie Gesellschaft und ihre Werte. Ihnen stellen wir uns entgegen. Wir tun dies entschlossen, effektiv und rechtsstaatlich, mit zielgerichteter Gefahrenabwehr statt mit pauschalen Verdächtigungen und Massenüberwachung. Dabei ist für uns klar, Freiheit ist ohne Sicherheit nicht zu haben – und das gilt auch umgekehrt. Es ist daher richtig, zu prüfen, ob die neuen Herausforderungen auch Gesetzesänderungen notwendig machen. Aber wir sind nicht bereit, falsche Antworten zu akzeptieren, die nur alten ideologischen Reflexen folgen und unwirksam sind – so wie zum Beispiel die Vorratsdatenspeicherung oder der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Es ist viel wirksamer, gezielt einige hundert Gefährder zu überwachen als 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger.~~

Religiöse und politische Extremist*innen und Fanatiker*innen fordern unseren Rechtsstaat heraus. Ihre Angriffe zielen auf unsere freie Gesellschaft und ihre Werte und wollen unsere Demokratie destabilisieren. Diesen Gefahren stellen wir uns entschlossen entgegen. Wir tun dies mit rechtstaatlichen Mitteln und zielgerichteten Maßnahmen. Pauschale Verdächtigungen und die anlasslose Datensammlung sind für uns keine effektiven Mittel. Denn Sicherheit ist ohne Freiheit nicht zu haben. Die Gewährleistung rechtsstaatlicher Prinzipien ist ein Baustein für die Sicherheit eines Landes. Dabei sperren wir uns nicht gegen jede Gesetzesänderung, bestehen jedoch auf eine Überprüfung der Umsetzung der bestehenden und eine seriöse Abschätzung der Wirksamkeit neuer Gesetze. Gezielte Maßnahmen gegen verdächtige Personen sind daher der Überwachung einer unbestimmten Anzahl von Bürger*innen vorzuziehen.

## Begründung

Die bisherigen Formulierungen sind nicht immer präzise („einige hundert Gefährder“), nutzen Floskeln („effektiv“) oder überzeichnen („alten ideologischen Reflexen folgen“).

## Unterstützer*innen

Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Marius Kühne (Münster KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Sabine

Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Hummel (Rastatt/Baden-Baden KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV)